

# INTERESSE

## Polen: Demokratiebewegung im Aufschwung

Dass die politische Situation in Polen so viel Interesse erregt, ist neu – und es ist nicht unbedingt ein gutes Zeichen für das Land an der Weichsel. „Only bad news are good news“, lautet eine Binsenweisheit des journalistischen Gewerbes. Jahrelang galt Polen als Vorzeigemodell für die erfolgreiche Transformation eines postkommunistischen Landes, das andere Staaten, die aus besseren Positionen gestartet waren, wie etwa Slowenien, Ungarn oder auch die Tschechische Republik, in den Schatten stellte. Jedenfalls was das internationale Renommee betraf. Wie Polen durch die Sturzbrecher der weltweiten Wirtschaftskrise steuerte, erregte international Bewunderung. Ebenso, wie es das Problem der Korruption, einer Geißel nicht nur der Wirtschaften postkommunistischer Staaten, in den Griff bekam. Also Polen, eine Erfolgsgeschichte.

### Recht und Gerechtigkeit bringt Wende

Ja, jedenfalls bis zum Herbst vorigen Jahres. Bis zur jähen politischen und gesellschaftlichen Wende, herbeigeführt durch den Wahlsieg der rechts-konservativen Partei „Recht und



Gerechtigkeit“ (PiS), angeführt vom neuen starken Mann Jarosław Kaczyński, der ursprünglich aus der Solidarność-Bewegung gekommen war. Doch das hat nicht viel zu besagen. Bekanntlich hat ja auch Viktor Orbán als Politiker begonnen, der unerschrocken den Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn forderte und sich für die Demokratie starkmachte. Die Ähnlichkeiten zwischen den beiden sind tatsächlich beklemmend, beide setzen sich unbekümmert über alle Regeln der Demokratie hinweg und versuchen alles, um ihre Machtposition zu festigen und die Opposition zu knebeln oder völlig mundtot zu machen. Es gibt ein altes Sprichwort oder, besser, einen

alten Vers, der die tiefe Freundschaft von Polen und Ungarn besingt. Der scheint jetzt eine fatale Bestätigung zu finden:

*Polak, Węgier – dwa bratanki, i do szabli, i do szklanki, oba zuchy, oba żwawi, niech im Pan Bóg błogosławi.*

Lose übersetzt heißt das ungefähr: „Der Pole und der Ungar sind zwei Vettern, sowohl im Kampf als auch im Trinken, beide stramm und beide schneidig, möge der Herrgott sie segnen.“

Stramm und schneidig, wenn es um den Kampf gegen innere Feinde geht, die sich dem neuen Kurs zu widersetzen wagen. Da werden dann gleich internationale Verschwörungen gewittert oder, wenn nötig, auch konstruiert. Und vor allem fromm im Sinn eines konservativen, um nicht zu sagen reaktionären Glaubensverständnisses. Kein Wunder, dass die neuen Machthaber beider Staaten ständig das Christentum im Mund führen, gegen Homosexuelle, die Abtreibung und andere „sündige Irrwege“ der westlichen Demokratien wettern und versprechen, ihre Länder zu Bollwerken gegen eine angeblich drohende Islamisierung Europas auszubauen. Die Ähnlichkeiten mit der Diktion des neuen Zaren

## Polen: Demokratiebewegung im Aufschwung

Fortsetzung von Seite 1

in Russland sind unüberhörbar. Auch was die Tendenz betrifft, hinter kritischen Stimmen allerlei Komplote zu vermuten, die nichts anderes im Sinn hätten, als die strammen, schneidigen und frommen Verfechter eines rechten Kurses international madigzumachen und an ihrem gottgewollten Vorhaben zu hindern. Im Vordergrund der Kritik stehen in Polen, wie nicht anders zu erwarten, Intellektuelle und Künstler, die sich nun lautstark zu Wort melden und vor einer Zerstörung der Demokratie warnen – sowie Mitgliedern des KOD.

### Die neue Demokratiebewegung KOD

Die Abkürzung steht für Komitet Obrony Demokracji, Komitee zur Verteidigung der Demokratie. Das KOD wurde im November vorigen Jahres als überparteiliche und unabhängige Bürgerbewegung gegründet, wobei die Bezeichnung schon namentlich an das Komitet Obrony Robotników (KOR), Komitee zur Verteidigung der Arbeiter, erinnert, das im September 1976 von Kritikern des damaligen kommunistischen Regimes in Polen gegründet worden war, um verhafteten Arbeitern (im Juni 1976 hatte es in großen Betrieben Streiks gegeben, die von der Partei mit scharfen Repressionen beantwortet wurden) Hilfestellung zu leisten. An dieser Stelle sei erwähnt, dass Jarosław Kaczyński, der heute in Polen die Zügel in der Hand hält, in den 1970er-Jahren eng mit dem KOR zusammenarbeitete. So haben sich die Zeiten (und die Menschen) geändert.

Als Gründer der neuen Demokratiebewegung gilt der Bürgerrechtsaktivist Mateusz Kijowski, der die Idee zunächst über Facebook propagierte. Aus den spontan zusammengetrommelten Protestmärschen und anderen Kundgebungen entstand innerhalb weniger Wochen eine mächtige Bürgerbewegung, die regelmäßig große Demonstrationen gegen die neue Regierung organisiert. Kijowski wird dabei nicht müde zu betonen, dass es nicht darum gehe, die demokratisch gewählte Regierung zu stürzen, sondern sie unmissverständlich aufzufor-

dern, gefälligst die Demokratie und die Bürgerrechte zu achten. Die neue Regierung hält dem entgegen, dass sie nach dem Sieg der PiS in den Parlamentswahlen 2015 auf allen Gebieten eine „gute Wende“ eingeleitet habe, auf sozialem Gebiet wie in Sicherheitsfragen, in der Kultur ebenso wie in der Wirtschaft. Bei näherem Hinsehen besteht die „gute Wendung“ vor allem darin, dass die PiS, wo immer nur möglich, potenzielle Kritiker durch ihr genehme Leute ersetzt.

### Die wahren und die schlechten Polen

Nur wenige Monate nach dem Wahlsieg gleicht die politische Landschaft Polens einem frisch umgepflügten Feld, das völlig neu bestellt werden soll: Missliebige Institutionen und Einzelpersonen werden entmachtet oder der direkten Kontrolle durch die neuen Machthaber unterworfen, so der Verfassungsgerichtshof oder die öffentlich-rechtlichen Medien; sie werden durch massenhafte Entlassungen „umgepolt“, wie die weithin geschätzte Zeitschrift „Przegląd Parlamentarny“ (Parlamentarische Rundschau), deren Redaktionskollektiv mit einem Federstrich in die Wüste geschickt wurde; sie werden diffamiert und eingeschüchtert, wie die Mitglieder des KOD, die pauschal zu Polen einer „schlechteren Sorte“ (gorszego sortu) ernannt werden, denen es das Handwerk zu legen gilt, um Polen vor einer Katastrophe zu bewahren. Das spricht der Chef der PiS, Jarosław Kaczyński, ganz offen aus, wenn er all jenen, „die gegen uns kämpfen“, vorwirft, dass „sie alles in den Schmutz treten, was in unserer Kultur heilig ist. ... Sie verachten Polen, die KOD-Leute wollen das Polentum ablehnen.“ Eine verwerflichere Gesinnung kann man einem Polen nicht vorwerfen. Es passt zu dieser nationalistisch aufgeheizten Rhetorik, dass Kaczyński seine Anhänger die „wahren Polen“ nennt. Das weckt unselige Erinnerungen an die Zwischenkriegszeit, in der die „wahren Polen“, Anhänger faschistischer Parteien und Gruppierungen, für jüdische Studenten an den Universitäten „Bankgettos“ einrichte-

ten und die Juden am liebsten allesamt nach Madagaskar geschickt hätten.

### Die Kirche gießt Öl ins Feuer

Bemerkenswert erscheint, dass die Kirchenführung es bislang versäumt hat, zu einer verbalen Deeskalierung aufzurufen. So sprach etwa Pfarrer Stanisław Małkowski, bereits bekannt für seine reaktionären Ansichten, den Anhängern des KOD schlicht die Berechtigung ab, das heilige Sakrament der Eucharistie zu empfangen, weil sie den polnischen Staat schwächen und „auf den Trümmern Polens eine Art russisch-deutsch-israelisches Kondominium“ errichten wollten. Pfarrer Małkowski ist keineswegs der einzige Kirchenmann, der sich so offen gegen die neue Demokratiebewegung ausspricht. Es gibt natürlich auch andere Stimmen in der Kirche, wie etwa Prof. Alfred Wierzbicki, einen anerkannten Philosophen und Theologen aus Lublin, der die Ansichten seines Kirchenbruders schlicht lächerlich nannte: „So ein Standpunkt hat nichts mit dem Christentum oder der Seelsorge zu tun.“

Solche Ausfälle scheinen jedenfalls nicht geeignet, die Demokratiebewegung zu entmutigen oder in einer breiteren Öffentlichkeit zu diskreditieren. Im Gegenteil. Sie diskreditieren höchstens die neuen Machthaber und ihre Handlanger selber. In Polen, aber auch im Ausland. Und man liegt wahrscheinlich nicht falsch, wenn man sie als Zeichen der Schwäche interpretiert, als Signale einer gewissen Panik, die sich im Regierungslager breitmacht. Denn eines hat sich in den letzten Wochen und Monaten herausgestellt: Die Basis der demokratischen Proteste ist viel breiter und solider als etwa in Ungarn. Die Polen haben mehr als einmal gezeigt, dass sie sich nicht scheuen, Widerstand zu leisten, selbst wenn die Staatsmacht noch so fest und bedrohlich mit dem Fuß aufstampft. Gerade dann. Das bekommt jetzt auch der kleine Mann in Warschau zu spüren, der so gern groß und stark wäre.

Martin Pollack,  
*Journalist, Schriftsteller, Übersetzer*

# Engagement in der Flüchtlingshilfe

2015 hat das Gesicht unseres Landes verändert und wird in die Geschichtsschreibung eingehen als ein historisches Jahr. Nicht nur wegen der ca. 90.000 Menschen, die im letzten Jahr als Flüchtlinge nach Österreich gekommen sind. Mindestens ebenso bemerkenswert ist das große Engagement aus allen Schichten unserer Gesellschaft, das mit der Herausforderung einhergegangen ist.

## Was sich so tut ...

Alleine in Oberösterreich, schätzt das zuständige Büro von Landesrat Rudi Anschober, sind ca. 12.000 Menschen in der Flüchtlingshilfe engagiert. Sie versuchen, Deutsch zu unterrichten, unterstützen bei der Freizeitgestaltung, bemühen sich darum, die angekommenen Frauen, Männer und Kinder mit der lokalen Bevölkerung in Kontakt zu bringen, entwickeln Patenschaftsmodelle, vermitteln günstigen Wohnraum und sind hilfreich bei der Jobsuche nach einem positiven Bescheid. Außerdem gelingt Wertevermittlung in der alltäglichen Begegnung und auch Auseinandersetzung am besten. Hier lernen einander beide Seiten kennen, erfahren viele Geflohene am ehesten, wie unser Land tickt, wie bei uns was funktioniert und was wichtig ist.

Die meisten der hier Engagierten wissen sehr wohl, dass es sich um einen langen Weg handelt, ebenso sehen sie die alltäglichen Herausforderungen sehr nüchtern und klar. Aber sie haben auch einen langen Atem in der Hilfe. Sie sind motiviert von der Not der Menschen, sie wollen konkret helfen, und bemerken, dass die Systeme von Verwaltung und Politik hier an ihre Grenzen kommen. Und deshalb packen sie auch weiterhin an.

## Und was dabei schwerfällt ...

Was hier als frustrierend erlebt wird, ist nicht die alltägliche Herausforderung in der konkreten Begegnung. Diese ist mit einem entsprechenden Verständnis von Hilfe, die ansetzt beim Willen der Betroffenen, gut zu meistern. Auch nicht eine ominöse Obergrenze bei den Kapazitäten der Helfenden – sie tun,

was sie können, und haben mittlerweile auch gelernt, gut auf sich zu schauen und realistische Bilder zu entwickeln, was geht und was nicht geht. Eine Grenze fühlen solche, die abseits von der alltäglichen Erfahrung das Ganze nur medial vermittelt bekommen.

Was stört, verärgert, es mühsam macht, sind weiterhin die starren gesetzlichen Einschränkungen, denen AsylwerberInnen im Land unterliegen. Zum Beispiel der fast kaum gegebene Zugang zum Arbeitsmarkt, wo höchstens ein paar kleine Nischen eine Möglichkeit bieten. Weiters gibt es zu wenige Deutschkurse – sowohl für Menschen im Asylverfahren als auch danach. Ebenso frustrieren die derzeit auch in Oberösterreich ventilerten Pläne von Teilen der Regierung, die Mindestsicherung für anerkannte AsylwerberInnen zu kürzen. Ein Vorhaben, das von allen mit der alltäglichen Praxis befassten Menschen schlicht als sozialpolitischer Wahnsinn klassifiziert wird.

Und nicht zuletzt: In der breiten medialen Öffentlichkeit werden fast nur Probleme kommuniziert. In den Schlagzeilen zum Thema Flucht und Asyl dominieren Zäune, Grenzen, Probleme – sie erleichtern und befördern das Entwickeln von Horrorszenarien, die meilenweit entfernt sind von den Erfahrungen auf lokaler Ebene.

## Abgehobene mediale Bilder

All das unscheinbare solidarische Handeln vor Ort, die tausenden Menschen, die in den Gemeinden und Stadtteilen tagtäglich Begegnung und Integration leben – all das wird derzeit vollkommen negiert. Es kommt nicht vor in den Gratisblättern und den Sprechblasen von vielen PolitikerInnen. So gibt es eine seltsame Lücke zwischen der guten Stimmung auf lokaler Ebene, zwischen dem, was gelingt, und der öffentlichen Wahrnehmung.

Die einen meinen, den politischen Rechten das Wasser abzugraben, indem sie immer mehr Forderungen aufstellen. In der alltäglichen Erfahrung wollen die Geflüchteten Deutsch lernen,

arbeiten, was tun – und sie bemühen sich auch in dem engen Korsett, dass unser System ihnen derzeit aufzwingt. Aber der Spielraum ist ein extrem enger. Die engagierten UnterstützerInnen sind sehr wohl für das Prinzip Fördern – aber es muss auch das Fördern gegeben sein.

Das sind die Mühen des Alltags. Es gibt derzeit von maßgeblichen politischen Kräften im Land kein Zeichen der Wertschätzung, kein Unterstützen, kein intelligentes Verknüpfen von zivilgesellschaftlichem Engagement vor Ort mit den Regelsystemen von Verwaltung und (Sozial-)Politik. Allenfalls auf lokaler Ebene gelingt das, auch auf der Ebene des Landes Oberösterreich mit dem zuständigen Ressort, aber darüber hinaus kaum. Eher werden die Engagierten kritisiert als „Gutmenschen“, als naive Weltverbesserer. Nun, wer sich in der Szene auskennt, weiß, dass es sich zumeist um gestandene Leute handelt, um Menschen, die wissen, wovon sie reden. Die Politik greift also derzeit in großen Zügen dieses Momentum kaum auf, geht wenig in den Dialog und vernachlässigt, auch die alltäglichen Erfahrungen der Helfenden aufzunehmen in ihren Entscheidungsprozess. So können die geplanten Kürzungen im Bereich der Mindestsicherung einem nur einfallen, wenn man abgehoben ist von der Realität des Alltags.

## Kooperation lernen auf allen Ebenen!

Was die zahlreichen NGOs lernen mussten: die Begegnung auf Augenhöhe mit engagierten Netzwerken und Gruppierungen (die es in Oberösterreich de facto in jedem Ort mit AsylwerberInnen gibt), das Wahrnehmen der Stärken der jeweils anderen Seite – all das ist noch nachzuholen auf der Ebene der Bundespolitik und teilweise auch auf Landesebene. Dieses kluge Zusammenspiel gilt es noch zu entwickeln – die Bereitschaft der HelferInnen dazu ist vorhanden. Die andere Seite ist gefragt!

Wilfried Scheidl,  
*Leiter der RegionalCaritas OÖ*

# Wie viel Geld braucht es zum Leben?

Eine richtige Definition von Armut? Die gibt es nicht. Denn in das, was wir unter Armut verstehen, fließen immer auch Werturteile ein. Armut ist keine in Stein gemeißelte „Tatsache“, nichts objektiv Gegebenes. Armut ist immer auch, was wir darunter verstehen wollen. Das Nachdenken darüber sollte aber keinesfalls als akademische Fingerübung missverstanden werden. Es ist eine zutiefst politische Frage – und damit auch eine heiß umkämpfte. Denn wenn es in reichen Ländern wie Österreich Armut gibt, dann gibt es ein Problem, um das sich Politik und Gesellschaft zu kümmern haben.

Auch die Frage, wie viel Geld ein Mensch zum Leben braucht, kann nur im Rückgriff auf Werte beantwortet werden. Denn die dahinterliegende Frage lautet ja: Welche menschlichen Bedürfnisse, die grundsätzlich mit Materiellem bzw. Geld befriedigt werden können, wollen wir denn überhaupt als „zum Minimum gehörend“ anerkennen? Und weiter gedacht: Worüber sollten jene, die für ihren Lebensunterhalt vorübergehend oder dauerhaft auf die Unterstützung durch die Gemeinschaft angewiesen sind, jedenfalls verfügen können?

## Bedarfsorientierte Mindestsicherung und Referenzbudgets

Für Menschen, die von Armut betroffen sind, ist insbesondere relevant, wie die Politik diese Frage beantwortet. Denn sie setzt die Existenzminima im Sozialstaat fest. Wenn wir die „Bedarfsorientierte Mindestsicherung“ (BMS) betrachten, dann zeigt sich zweierlei: Einerseits erhalten BMS-BezieherInnen weniger als „MindestpensionistInnen“. Denn Letztere bekommen die sogenannte Ausgleichszulage 14-mal jährlich, BMS-BezieherInnen deren Gegenwert (2016: € 838,- netto für eine alleinstehende Person) hingegen nur 12-mal. Und: Dieses Existenzminimum ist völlig freihändig gesetzt. Die Höhe hat keine Rückbindung an reale Lebenshaltungskosten. Niemand hat je aufgelistet, was sich auch MindestpensionistInnen bzw. BMS-BezieherInnen

leisten können sollen und was das de facto kostet. Sollen sie sich z. B. abwechslungsreich und gesund ernähren können, oder reicht es, wenn sie mit den immer gleichen billigen Lebensmitteln satt werden? Sollen auch Kinder aus einkommensarmen Haushalten ein (gebrauchtes?) Fahrrad haben oder Musikunterricht erhalten können?

Antworten auf solche Fragen geben in Österreich sogenannte Referenzbudgets, die in jahrelanger Arbeit von den ASB-Schuldnerberatungen konzipiert und auch weiterentwickelt wurden. Dabei wird ein bescheidener, aber noch angemessener Lebensbedarf konkretisiert, indem am Beispiel von Personen, die zur Miete wohnen, alles Geldwerte, das zum Mindestlebensstandard gezahlt wird, aufgelistet und bepreist wird. Vom Abwaschwamm bis zu den Socken, aber ohne Ausgaben für ein Auto, Urlaub, Hobbys, soziales Leben, Freizeitgestaltung oder Haustiere. Lediglich € 4,- pro Tag sind derzeit unter dem Stichwort „soziale Teilhabe“ für derartige Bedürfnisse vorgesehen. Dennoch liegt das Referenzbudget für eine alleinstehende Person mit ca. € 1.358,- weit über dem BMS-Satz, aber auch der Mindest-Pension. Und auch vielen Lohnneinkommen. Wer deshalb meint, € 1.358,- wären zu viel, soll konkret sagen, wo gekürzt werden kann.

## Mythen und Fakten

Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung ist das letzte Netz im österreichischen Sozialstaat. Sie ist die in Teilen modernisierte Variante der früheren Sozialhilfe. Die Ausgaben machten im Jahr 2014 gerade einmal 0,7 % der Gesamtsozialausgaben aus. Mehr als die Hälfte der Gesamtkosten entfallen quasi seit jeher auf Wien.

Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung ist eine subsidiäre Sozialleistung. Das bedeutet, dass sie immer nur dann einspringt, wenn alle anderen Stricke gerissen sind: Wenn die Betroffenen sich nicht durch Erwerbsarbeit selbst erhalten können. Wenn es keine Ersparnisse und kein Vermögen gibt, deren Verwertung verlangt werden kann. Wenn unterhaltspflichtige Ange-

hörige fehlen, die vorrangig für die in Not Geratenen sorgen müssen, sofern sie dazu in der Lage sind.

In den letzten Monaten wurde von verschiedenen Seiten die Forderung nach einer Deckelung der BMS auf € 1.500,- pro Haushalt erhoben. Denn es wäre ungerecht, wenn BMS-BezieherInnen völlig leistungsfrei ein Einkommen in einer Höhe erhalten, das andere nicht einmal mit einem Vollzeit-Job erzielen können.

## BMS und/oder Arbeitsplatz

Bei dieser Argumentation wird bewusst einiges unter den Tisch fallen gelassen: Erstens erhalten nur wenige Haushalte so hohe Zuwendungen, meist wird bloß ein bereits vorhandenes Einkommen aufgestockt. Zweitens können auch Berufstätige BMS beziehen – vorausgesetzt, sie sind bereit, die strengen Pflichten in der BMS zu akzeptieren (Stichwort: Vermögensverwertung). Leider kann die BMS-Statistik in ihrer jetzigen Form viele Fragen nicht beantworten. Zahlen für Wien zeigen allerdings, dass es mehr erwerbstätige BMS-BezieherInnen gibt als erwerbsfähige Personen, die ausschließlich von BMS leben. Und drittens unterschlagen sie, dass es längst nicht für alle Arbeitssuchende auch bezahlte Arbeit gibt. Aktuell kommen in OÖ fünf Erwerbslose auf eine beim Arbeitsmarktservice (AMS) gemeldete offene Stelle. Im Österreich-Schnitt lautet das Verhältnis 1 : 12. Eines der großen Probleme ist deshalb, dass es nicht genug Erwerbsarbeit für alle gibt – schon gar nicht existenzsichernd bezahlte. Seit jeher müssen erwerbsfähige BMS-BezieherInnen alle Vorgaben des AMS und der Sozialämter erfüllen, sonst kommt es zu Leistungskürzungen bis hin zum völligen Entfall. Deckelungs-Debatten mögen helfen, die öffentliche Meinung für Leistungseinschnitte zu gewinnen. Arbeitsplätze schaffen sie keine.

Mag.<sup>a</sup> Martina Kargl,  
*sozialpolitische Referentin der Caritas  
Wien und langjährige Mitarbeiterin  
der Österreichischen Armutskonferenz*

# Arbeit im Wandel

## Gute Arbeit für ein gutes Leben

### 125 Jahre Katholische Soziallehre



Mittwoch, 11. Mai 2016 | 17:30 bis 22:00 Uhr

Treffpunkt mensch & arbeit Standort voestalpine  
Wahringerstraße 30 | 4030 Linz



Arbeit ist ein wesentlicher Teil unseres Lebens, ob bezahlt oder unbezahlt. Wie die Katholische Soziallehre vor 125 Jahren in der ersten Sozialzyklika auf die Herausforderungen der Industrialisierung reagierte, so sind wir heute gefordert, den Wandel der Arbeit zu reflektieren und Position zu beziehen – dass ein gutes Leben für alle werde!

#### Programm

17:30 Ankommen | Imbiss und Getränke

18:00 Begrüßung

**Beate Littig:** „Wandel der Arbeit“

Soziologin, Institut für höhere Studien, Wien

**World-Café:** Teilnahme an zwei Thementischen möglich

21:30 Ausklang mit **Bischof Manfred Scheuer**

#### World-Café – Thementische:

- » Vereinbarkeit von Familien-/Erwerbsarbeit
- » Arbeit und Migration
- » Arbeit neu denken
- » Sind wir zu wenig flexibel?
- » Jugend ohne Arbeit
- » Stellenwert Lehre
- » Prekarisierung – Generation Praktikum
- » Sparen wir doch die Arbeitslosigkeit ein – Arbeit haben wir genug!

**Anmeldung erbeten:** KAB OÖ, 4020 Linz, Kapuzinerstraße 84

kabooe@dioezese-linz.at | ☎ (0732) 76 10-36 31 | [www.mensch-arbeit.at/arbeit-im-wandel](http://www.mensch-arbeit.at/arbeit-im-wandel)

## Prag: Sozial- und Begegnungsreise

Mittwoch, 5. Oktober bis Sonntag, 9. Oktober 2016



Kultur, Begegnung, Religion, Genuss, Politik und Soziales – die herbstliche Bildungsreise des Sozialreferates und des Bildungshauses Schloss Puchberg mit dem Reiseveranstalter „weltanschauen“ führt uns nach Tschechien, in die Hauptstadt Prag. Wir werden mit **Jiří Silný**, dem Leiter der „Ökumenischen Akademie“, einen besonderen „**Stadtspaziergang 1968 bis 1989**“ zu wichtigen Schauplätzen des Prager Frühlings und der Samtenen Revolution machen (Letna Park, Altstädter Ring, Wenzelsplatz). Unbedingt sehenswert sind die Josefstadt, das ehemals jüdische Viertel von Prag, die Prager Burg und die Gassen des Hradschin, ein Genuss, in **Slow-Food**-Lokalen zu essen und zu trinken.

Im Angebot ist auch eine **Radtour** durch die Gassen der Altstadt und entlang der Moldau, alternativ eine **Schiffahrt** auf der Moldau. Von der Caritas Prag erfahren wir mehr über die soziale Situation im Land und besuchen ein **Sozialprojekt**. Wer will, kann sich aus der Sicht eines obdachlosen Menschen durch die Stadt führen lassen.

Weiters möchten wir mit einem tschechischen **Politiker** (angefragt: Karel Schwarzenberg) über die Rolle Tschechiens in der EU sprechen und eine katholische **Stadttrandpfarre** besuchen – Kirche in einem weitgehend atheistischen Land.

Abgerundet wird die Reise mit einem Ausflug in die UNESCO-Welterbe-Stadt **Kuttenberg** oder in die europäische Kulturhauptstadt 2015 **Pilsen**.

**Vorbereitungstreffen:** Montag, 26. September 2016, um 18 Uhr in Linz (Diözesanhaus)

**Anmeldung und genaues Reiseprogramm:** [www.weltanschauen.at](http://www.weltanschauen.at). Reisepreis ca. 600 Euro (inkl. Bahnfahrten, Begegnungen, Führungen, Slow-Food-Halbpension), Reiseleitung: Christoph Müllleder, Blanka Zvrkova.

# Loving the F-Word

Kaum ein anderer Begriff birgt so viele unterschiedliche Assoziationen wie der Feminismus – das verhasste und geliebte F-Wort. Für manche die Domäne irritierender Latzhosenträgerinnen, für andere die nackten Brüste der Aktivistinnen der Gruppe FEMEN, manchmal laut, bunt und schrill, manchmal ernst und akademisch, mal radikale Infragestellung der geltenden kapitalistischen Weltordnung und mal geduldiges Kratzen an der gläsernen Decke, die Frauen von den Top-Positionen in eben dieser fernhält – das alles nennt sich mit Fug und Recht „Feminismus“, und vielleicht ist die beste Definition, dass es sich bei Feminismus gerade um die kaum zu fassenden Zusammenhänge zwischen all diesen Dingen handelt.

## (K)ein Feminismus

Vielleicht ist es aber besser, von der anderen Seite anzufangen: Feminismus ist bei aller Vielfalt nicht beliebig.

Die „Entdeckung“ der Frauen durch Rechtsextreme, Rechtskonservative und RechtspopulistInnen nach dem Bekanntwerden der sexualisierten Übergriffe in der Silvesternacht in Köln ist zum Beispiel kein Feminismus. Das liegt erstens daran, dass diese Parteien und Gruppierungen gegen das Aufbrechen rigider, hierarchischer und heterosexistischer Geschlechterordnungen und damit gegen eine tatsächliche Gleichstellung aller Geschlechter und Sexualitäten mobil machen; zweitens daran, dass in den Appellen zum Schutz „unserer“ Frauen eine gehörige Portion Sexismus verpackt ist; und drittens daran, dass sich Rassismus immer ganz direkt und unmittelbar auch gegen Migrantinnen (und alle, die dafür gehalten werden) richtet.

Feminismus erhebt demgegenüber stets den Anspruch, für die Befreiung aller Frauen einzutreten – so sehr auch über das Wie gestritten wird und werden muss und so viel für weiße Feministinnen auch von Migrantinnen und Aktivistinnen of Color zu lernen bleibt.

Kein Feminismus ist es auch, allem zu applaudieren, was Frauen machen, bloß weil es Frauen sind, die es machen.

Die Vorstellung, dass Frauen qua Natur die besseren, friedfertigeren und sozialeren Menschen wären, wurde längst als unbegründete, letztlich Unterordnung legitimierende Zuschreibung entlarvt.

Drittens ist Feminismus keine Bewegung gegen Männer – sehr wohl allerdings gegen manches, was heute als „typisch männlich“ gilt. Feminismus strebt die Befreiung aller Menschen von jeder Form von Einschränkung und Diskriminierung auf Grund des Geschlechts an. Nicht nur Mädchen können und dürfen mit Technikbaukästen und Autos spielen, sondern selbstverständlich auch Buben mit Puppen und Spielzeugküchen. Nicht nur Frauen können lernen, selbstbewusst „ja“ oder „nein“ zu sagen, sondern auch Männer von einer Vorstellung von Sexualität profitieren, die auf Kommunikation, auf freies Einverständnis und spielerisches Entwickeln setzt, statt auf sprachlosen und angstbesetzten Leistungsdruck.

Last, but not least, steht Feminismus heute auch für die Vorstellung einer Gesellschaft, in der Geschlechter vielfältig gelebt werden können und in der diese Kategorie nicht mehr als „selbstverständlicher“ Platzanweiser in gesellschaftlichen Hierarchien funktioniert.

## Vielfalt der Geschlechter

Insbesondere diese letztgenannte Idee, Geschlecht als soziale Kategorie zu verstehen – und das heißt, als im Lauf des Lebens erworben und damit wandelbar, statt als unveränderliches natürlich-biologisches Schicksal –, steht heute auch im Zentrum anti-feministischer Bewegungen, die sich selbst als „anti-genderistisch“ bezeichnen. Der Begriff zielt auf die Nutzung des englischen Wortes „gender“ ab, das das soziale Geschlecht im Unterschied zum biologischen „sex“ bezeichnet und sich sowohl in der akademischen Genderforschung wie auch in den Einstellungsstrategien des Gender Mainstreaming sprachlich wiederfindet. „Anti-Genderismus“ bezieht sich auf kritischen Ansatz neuerer, sogenann-

ten queerer feministischer Theorien, die die historische Gewordenheit von Männlichkeit und Weiblichkeit und die Gewalterfahrungen, die häufig mit dem Zur-Frau- oder Zum-Mann-gemacht-Werden verbunden sind, analysieren.

Dieser Anti-Genderismus verzerrt die genannten Ansätze jedoch bis zur Unkenntlichkeit – besonders deutlich wird das im Vorwurf, dass gerade diejenigen, die in radikaler Weise für vielfältige Lebensmöglichkeiten eintreten, einen „Einheitsmenschen“ anstreben und diesen mit Gewalt durchsetzen würden. Diese neue Spielart des Anti-Feminismus, der nicht zuletzt in konservativ-katholischen Kreisen gepflegt wird, passt auch perfekt zu den Strategien rechtsextremer und rechtspopulistischer Bewegungen: Überhaupt wird Angst und Unsicherheit geschürt und ein bössartiger und vermeintlich mächtiger Gegner gezeichnet, um dann umso deutlicher die eigene Bewegung, Partei oder Führungsfigur als einzige Heilsbringerin zu inszenieren.

## Einfalt des Patriarchats

So sehr Feminismus die Utopie einer Gesellschaft braucht, in der Geschlecht keine sozial relevante Kategorie mehr ist, so wenig darf er seine Augen vor einer Realität verschließen, die davon weit entfernt ist. Immer noch bedeutet Frau-Sein, weltweit systematisch benachteiligt zu werden: von weniger Lohn, mehr unbezahlter Arbeit und einer hohen Wahrscheinlichkeit für Erfahrungen mit (sexualisierter) Gewalt in Beziehungen, am Arbeits- oder Ausbildungsplatz bis zum völligen Ausschluss von Bildungschancen, von Partizipation am öffentlichen Leben und Entscheidungsfreiheit. Gegen diese immer anderen und doch immer ähnlichen Muster treten Feministinnen an – immer und überall, in aller Unterschiedlichkeit und Uneinigkeit.

Stefanie Mayer  
*ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet derzeit am Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien der Universität Klagenfurt*

resse - interesse - interesse - interesse - interesse  
sse - interesse - interesse - interesse - int  
se - interesse - intere  
e - int

## BÜCHER

Folgende Bücher sind im Sozialreferat entlehnbar:

**J. Stiglitz: Reich und Arm. Die wachsende Ungleichheit in unserer Gesellschaft. Siedler Verlag, München 2015, 512 Seiten. 24,99 Euro**

Der vorliegende Band des Wirtschafts-Nobelpreisträgers 2001 umfasst Aufsätze der letzten Jahre, die erstmals in deutscher Sprache erschienen sind. Die Hauptursache für die herrschende Ungleichheit in der Gesellschaft ist die fehlgeleitete Politik seit den 1970er-Jahren. Obwohl sich der Großteil der Artikel auf die USA bezieht, ist die Ursachenfeststellung auch für uns gültig. Aber nicht nur die Bush-Administration wird verantwortlich gemacht für das Auseinanderklaffen von Reich und Arm, sondern ebenso Politiker und Politiken in anderen Staaten. Stiglitz bringt Beispiele aus Japan, China, Schottland und Spanien. So problematisiert er in einem Aufsatz die „Freihandelsfarce“ mit starkem Bezug auf TTIP, das nur für Großkonzerne einen Vorteil bringt. Als wesentliches Instrument zur Bekämpfung der Ungleichheit sieht er Maßnahmen gegen die steigende Arbeitslosigkeit. Interessante, auch für volkswirtschaftliche Laien leicht lesbare Aufsätze zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation in der Welt.

**M. Novak: Menschenrechte. Eine Antwort auf die wachsende ökonomische Ungleichheit. Edition Konturen, Wien – Hamburg 2015, 176 Seiten. 24 Euro**

Manfred Novak ist Professor für Internationales Recht und Menschenrechte an der Universität Wien und war unter anderem UNO-Sonderberichterstatter über Folter. Seiner Meinung nach hat der Westen die historische Chance nach dem Ende des Kalten Krieges verpasst, die Globalisierung hin zur Verwirklichung universeller Menschenrechte zu lenken. Er geht auf den Begriff der Ungleichheit ein und leitet daraus die sozialen Folgen dieser wachsenden Ungleichheit ab. Von der historischen

Entwicklung der Menschenrechte her erläutert Novak die Herausbildung der Gleichheit als eigenständiges Menschenrecht, ebenso wie das Recht auf soziale Sicherheit und Gerechtigkeit sowie das Recht auf persönliche Sicherheit. Er stellt die Parallelen der historischen Entwicklung der Ungleichheit und der Menschenrechte dar und macht die wachsende Ungleichheit der Einkommen und Vermögen verantwortlich für die Verletzung des historischen Konsenses universeller Menschenrechte. Abschließend werden noch unterschiedliche Lösungsansätze für eine menschenrechtliche Antwort auf die wachsende Ungleichheit vorgestellt.

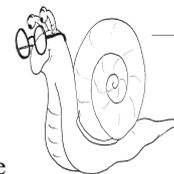
**P. Rabl: Der Unwohlfahrtsstaat. Hat unser System noch Zukunft? Brandstätter Verlag, Wien 2015, 175 Seiten. 22,50 Euro**

Mit dem Wohlfahrtsstaat geht es bergab. Arbeitslosigkeit, prekäre Jobs, Zweiklassenmedizin, Armut. Eine immer größer werdende Anzahl von Menschen ist auf Transferzahlungen eben dieses Sozialstaates angewiesen. Diese Abhängigkeit führt aber nicht zu verstärkter Eigeninitiative und Eigenverantwortung. Die Debatte über den Sozialstaat müsste grundsätzlich geführt werden und nicht nur über Einzelthemen wie Mindestsicherung oder Pensionen. Probleme, die man verdrängt, löst man nicht. Diese Schwierigkeiten sind vorhersehbar: Babyboomer kommen ins Pensionsalter, Bildungsbereich, digitale Revolution, die Jobs frisst, Krise im Gesundheitssystem. All diese Probleme harren einer Gesamtlösung, an einzelnen Schraubchen zu drehen allein genügt nicht. Wir brauchen eine neue Gesamtvision vom Wohlfahrtsstaat. Die Ideen des Autors zu dieser Vision bleiben im schon Bekannten stecken.

**In eigener Sache**

Dieser Ausgabe von INTERESSE liegt ein Zahlschein bei. Wir ersuchen Sie um Einzahlung eines **Druckkostenbeitrages von 7 Euro** für das Jahr 2016. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

### Gereimte Nächstenliebe



Mehrmals pro Woche darf ich Gästin einer Stadt sein, in der man die deutsche Sprache unbändig zu lieben scheint. Wäre Wels ein Mensch, sie hätte wohl auch viele, viele Semester Germanistik studiert, aus purer Zuneigung – so wie ich! So innig ist ihres Bürgermeisters Faible für Literatur, dass er schon die Kindergartenzwerge mit väterlicher Strenge dazu anhält, mindestens fünf Gedichte auswendig zu lernen. Ist das nicht famos? Die Sprache der Dichter und Denker – noch dazu in ihrer edelsten Erscheinungsform, der Lyrik! Verpackt wird die süße Pflicht in einen „Wertekatalog“, da legen die Regierenden auch noch Werte drauf, wahrscheinlich christliche. Finde ich alles gut! Den Nächsten so zu lieben, dass man ihn nicht nur vor Mord verschont, sondern obendrein jederzeit mit Versen ergötzen kann: Toll!

Aber meine Freude ist getrübt. Zum einen scheint mir die Welser Liebe zu den Werten keine tipptopp christliche zu sein. Sie wissen schon, die Geschichte mit dem barmherzigen Samariter ... Ich lehne mich mit der Behauptung nicht weit aus dem Fenster, dass den Wertekatalogschreibern andere Völker oder gar Religionen nicht ganz so lieb sind wie die eigenen Leute.

Nachdenklich stimmt auch das Ziel der Deutsch-Liebe: Die Kleinen sollen nicht vorsichtig an Morgenstern herangeführt werden, schon gar nicht an Rilke, Bachmann oder Celan. Gerne irre ich mich! Das dritte Aber betrifft die Quantität. Warum denn nur fünf Gedichte? Gibt es nicht mehr? Ich helfe gern aus, ich habe das ja studiert und bin dankbar, Wels besuchen zu dürfen:

*Wels, du Perle an der Traun,  
stolz die Herrn und brav die Frau!  
Das Schweinerne ist das Feinere,  
das essen Große und auch Kleinere.  
Deutsch ist Pflicht, Arabisch nicht,  
wir trinken Most und kriegen Gicht.*

Ihre Weinbergschnecke

resse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse  
sse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse  
se - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse

# TERMINE

## Demokratiewerkstatt Wels 2016 Die Parteijugend

Di., 10. Mai 2016, 19 Uhr: *Iris Niederleitner, Andrea Eilmsteiner*, Grüne  
Di., 7. Juni 2016, 19 Uhr: *Elma Jusic*, NEOS

Ort: Bildungshaus Schloss Puchberg, Puchberg 1, 4600 Wels  
Info/Anmeldung: puchberg@dioezese-linz.at; ☎ (07242) 475 37

## Lesung aus dem Buch:

### Franz Jägerstätter

Di., 10. Mai 2016, 19.30 Uhr,  
*Konrad Flotzinger, Monika Hofer*  
TN-Gebühr: € 6,-

Ort: Bildungszentrum St. Franziskus, Riedholzstraße 15a, 4910 Ried im Innkreis  
Info/Anmeldung: franziskus@dioezese-linz.at, ☎ (07752) 827 42

## Arbeit im Wandel.

### Gute Arbeit für ein gutes Leben

Mi., 11. Mai 2016, 17.30 bis 22 Uhr  
Referentin: *Beate Littig*, Soziologin, Institut für höhere Studien, Wien;  
World-Café mit Thementischen

Ort: Treffpunkt mensch & arbeit  
Standort voestalpine, Wahringerstraße 30, 4030 Linz  
Info/Anmeldung: KAB OÖ, 4020 Linz, Kapuzinerstraße 84, kaboee@dioezese-linz.at  
☎ (0732) 76 10-36 31

Näheres siehe Seite 5.

## Der gläserne Mensch. Datenschutz im Informationszeitalter

Mi., 11. Mai 2016, 19.30 Uhr

Referent: *Mag. Georg Markus Kainz*  
Ort: Treffpunkt Dominikanerhaus, Grünmarkt 1, 4400 Steyr  
Info/Anmeldung: dominikanerhaus@dioezese-linz.at, ☎ (07252) 454 00

## Alles, was recht ist – warum wir Kinderrechte brauchen

Ausstellung

Eröffnung: Di., 14. Juni 2016, 19 Uhr, mit *Mag.<sup>a</sup> Christine Winkler-Kirchberger*, Kinder- und Jugendanwältin OÖ.

## Öffnungszeiten der Ausstellung:

Di., 14. Juni bis So., 10. Juli 2016, Mo. bis Sa., 8 bis 12 Uhr, Di., 16 bis 19 Uhr und jederzeit nach Vereinbarung.

Ort: Bildungszentrum Maximilianhaus, Gmundner Straße 1b, 4800 Attnang-Puchheim  
Eintritt: € 3,- inkl. Führung (Anmeldung erforderlich)  
maximilianhaus@dioezese-linz.at  
☎ (07674) 665 50

## Gewaltfreie Kommunikation

Seminarreihe nach Marshall Rosenberg 2016/2017

Einführungskurse:

Fr., 17. bis Sa., 18. Juni 2016 oder Fr., 23. bis Sa., 24. Juni 2016

Ort: Bildungszentrum St. Franziskus, Riedholzstraße 15a, 4910 Ried im Innkreis

Info/Anmeldung: franziskus@dioezese-linz.at, ☎ (07752) 827 42

## Pax Christ OÖ: Offener Monatstreff Wohin steuert Europa?

Di., 21. Juni 2016, 18.30 bis 20 Uhr  
Offener Monatstreff mit: Severin Renoldner, Sozialreferat

Ort: URBI@ORBI, Kirche in der City, Bethlehemstraße 1a, 4020 Linz,  
☎ (0676) 87 76 60 00, urbi.orbi@dioezese-linz.at

## Basics – Inhalte und Methoden der politischen Erwachsenenbildung

Mo., 4. Juli bis Mi., 6. Juli 2016

ReferentIn: *Rahel Baumgartner, Hakan Gürses*

Ort: bifeb) – Bundesinstitut für Erwachsenenbildung, Bürglstein 1–7, 5360 St. Wolfgang  
TN-Beitrag: € 50,-  
Info/Anmeldung: bifeb) – Bundesinstitut für Erwachsenenbildung;  
☎ (06137) 66 21-119

## 18. Ökumenische Sommerakademie in Kremsmünster

Es muss sich etwas ändern.

Anstöße der Reformation

Mi., 13. bis Fr., 15. Juli 2016

ReferentInnen: *Dr.<sup>in</sup> Athina Lexutt, Dr. Klaus Unterburger, Dr. Ulrich Körtner, Dr. Franz Gruber, Dr. Manfred Prisching, Kardinal Dr. Kurt Koch, Bischof Michael Bünker*

Ort: Stift Kremsmünster

Info/Anmeldung: sommerakademie@ku-linz.at, ☎ (0732) 78 42 93

## Prag:

### Sozial- und Begegnungsreise Mi., 5. Okt. bis So., 9. Okt. 2016

Kultur – Begegnung – Religion – Genuss – Politik und Soziales.  
Bildungsreise des Sozialreferates und des Bildungshauses Schloss Puchberg.

Anmeldung: [www.weltanschauen.at](http://www.weltanschauen.at)  
Reisepreis ca. € 600,- inkl. Bahnfahrten, Begegnungen, Führungen, Slow-Food-Halbpension.

Reiseleitung: *Christoph Mülleder, Blanka Zvrkova*  
Näheres siehe Seite 5.



Impressum: Inhaber Diözese Linz (Alleininhaber)  
Herausgeber und Verleger: DDr. Severin, Renoldner,  
Sozialreferat, Pastoralamt der Diözese Linz  
Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, Telefon: (0732) 76 10-32 51  
E-Mail: sozialreferat@dioezese-linz.at, [www.dioezese-linz.at/soziales](http://www.dioezese-linz.at/soziales)  
Hersteller: kb-offset Kroiss & Bichler GmbH & CoKG, Römerweg 1, 4844 Regau  
Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau  
Erscheinungsort Linz, P.b.b. GZ 02Z031665 M



Katholische Kirche  
in Oberösterreich